

Niederschrift

über die 16. Sitzung des Integrationsrates am 23.05.2017
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	3
1 Einwohnerfragestunde	3
2 Situation der Flüchtlinge in Meerbusch	3
2.1 Auswirkungen der Wohnsitzauflage auf die Wohnsituation	3
2.2 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Beschulung	3
3 Integrationskonzept der Stadt	3
4 Sprechstunde des Integrationsrates	4
5 Nächste Sitzung 26. September 2017	4
6 Verschiedenes	4

Sitzungsort: Bommershöfer Weg 2-8, 40670 Meerbusch-Osterath, II. Etage, Sitzungsraum

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Ingrid Maas Integrationsrat

Mitglieder

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

Herr Hayrettin Polat Integrationsrat

Frau Dorothea Stracke-Egermann Integrationsrat

Stellvertretendes Mitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Anja Flintrop Fachbereich 2

es fehlen:

Mitglieder

Herr Dr. Erhard Hartung Integrationsrat

Frau Helga Hermanns Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Frau Katja Schulz Ratsmitglied

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Keine Anfragen

2 Situation der Flüchtlinge in Meerbusch

2.1 Auswirkungen der Wohnsitzauflage auf die Wohnsituation

Herr Annacker verweist auf die Informationsvorlage für den letzten Sozialausschuss zum aktuellen Sachstand der Zuwanderung durch Flüchtlinge und erklärt, dass der Ausschuss regelmäßig zur Situation der Flüchtlinge in Meerbusch unterrichtet werde.

Herr Focken schlägt vor, den Mitglieder des Integrationsrates, die nicht am Sitzungsdienst der Verwaltung angeschlossen sind, Informationsvorlagen für den Sozial- und Jugendhilfeausschuss automatisiert zukommen zu lassen. Verwaltungsseitig wird dies für die nächsten Sitzungen zugesagt.

Die Wohnsitzauflage bedeute, erläutert Herr Annacker, dass Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge, subsidiär Schutzberechtigte und Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach Zuweisung durch die Bezirksregierung, für die Dauer von mindestens 3 Jahren in Meerbusch wohnen müssten (siehe auch Anlage 1). Die Suche nach entsprechendem Wohnraum auf dem freien Wohnungsmarkt gestalte sich aber, trotz Unterstützung, schwierig. Die meisten Betroffenen würden daher noch in Flüchtlingsunterkünften untergebracht (weitere Informationen siehe Anlage 2).

Herr Focken erkundigt sich nach den Mieten in den Unterkünften. Herr Annacker erklärt, dass die Höhe durch die Gebührenordnung der Stadt festgelegt sei und, soweit es sich um Flüchtlinge im Leistungsbezug des Jobcenters handele, die Kosten der Unterkunft hierüber refinanziert würden.

Frau Maas erkundigt sich, welche Möglichkeiten Flüchtlinge in Meerbusch zum Spracherwerb hätten. Neben den Integrationskursen, die umfangreich genutzt würden, führt Herr Annacker aus, gäbe es ausreichende Deutschkurse durch Ehrenamtliche, die besonders von Flüchtlingen genutzt würden, die noch keine Gelegenheit hätten, an Integrationskursen teilzunehmen. Darüber hinaus gingen von 28 Kindern 15 in reguläre Kindergärten. Ein zusätzliches Brückenprojekt für Kinder ergänze das Angebot in Meerbusch.

2.2 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Beschulung

Herr Annacker berichtet, dass aktuell 30 unbegleitete, minderjährige Asylsuchende (UMAs) im Alter von 15 – 17 Jahren betreut werden. Mehrheitlich besuchen diese klassische Schulen bzw. Berufskollege mit Seiteneinsteigerklassen. Fünf UMAs würden derzeit in einer Jugendhilfeeinrichtung mit eigener Schule in Mönchengladbach voraussichtlich ihren Schulabschluss machen. Unter den UMAs seien viele Afghanen, die derzeit ablehnende Asylbescheide erhielten. Über die Aufnahme einer Ausbildung könnten diese jedoch für die Lehrzeit eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten.

3 Integrationskonzept der Stadt

Herr Annacker berichtet, dass es zur Weiterentwicklung der Integration in Meerbusch einen Auftrag aus dem Sozialausschuss gäbe, die Themenfelder Sprache und Bildung, berufliche Arbeit und Arbeitsmarktintegration, Jugend- und Sozialarbeit, Kulturförderung und Wohn- und Stadtentwicklung darzustellen. Zwei Module seien dem Sozialausschuss bereits vorgestellt worden (siehe Anlage 3 und 4). Frau Maas bemerkt, dass diese Module eventuell ein Integrationskonzept darstellen könnten.

Herr Focken entgegnet, dass es aktuell im Sozialausschuss keine politische Mehrheit für ein Integrationskonzept gäbe.

Ein Integrationskonzept, so erklärt Frau Maas abschließend, könne eine Handlungsempfehlung für die in diesem Arbeitsgebiet Tätigen sein und würde somit eine Hilfe darstellen. Sinnvoll sei es jedenfalls, die politischen Prozesse abzuwarten und gegebenenfalls in den Fraktionen Überzeugungsarbeit zu leisten.

4 Sprechstunde des Integrationsrates

Frau Maas schlägt vor, die Sprechstunde des Integrationsrates wieder aufleben zu lassen. Da sie in der letzten Zeit besonders viele Anfragen erhalten hätte, sei eine regelmäßige Präsenz sinnvoll. Im Vorfeld habe Frau Maas mit Frau Furchheim Kontakt aufgenommen, ob man die Sprechstunde im Pappkarton durchführen könne, da sich dort viele Flüchtlinge aufhielten. Einmal im Monat bestünde dort die Möglichkeit, vorzugsweise dienstags während der Öffnungszeiten, Räumlichkeiten für eine Sprechstunde zu nutzen. Vorerst würde sie selbst die Beratung durchführen, wäre aber dankbar, wenn weitere Mitglieder des Integrationsrates dieses Angebot mittrügen. Die Anwesenden sind mit dem Vorschlag einverstanden. Man einigt sich darauf, dass die Sprechstunde in der Presse beworben werden und im Sommer beginnen solle.

5 Nächste Sitzung 26. September 2017

6 Verschiedenes

Wanderausstellung „Der Weg zur deutschen Einheit“

Frau Maas und Frau Flintrop berichten über das Vorbereitungstreffen für die Wanderausstellung (Details siehe Anlage 5). Herr Annacker präsentiert einen Glasvogel, der von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gefertigt worden sei. Die Finanzierung der Herstellung der ersten 40 Glasvögel erfolge über den Landschaftsverband. Er schlägt vor, den Vogel als Symbol für die Plakatwand gegen Ausländerfeindlichkeit zu nutzen, um eine thematischen Verbindung herzustellen. Frau Maas wird dies mit Herrn Schmitz-Linkweiler besprechen, der die Plakatwand gestalten wolle.

Interkulturelle Woche

Frau Mertens berichtet über die bundesweit durchgeführte interkulturelle Woche, die in diesem Jahr unter dem Motto „Vielfalt verbindet“ stattfinden wird. In der Zeit vom 24. September 2017 bis zum 30. September 2017 solle ein buntes Programm von Aktionen und Projekten erfolgen, die verwaltschaftsseitig mit den Aktiven und Initiativen der Flüchtlingshilfe, dem Fachdienst für Integration und Migration der Caritas, den Kirchengemeinden und weiteren Organisationen durchgeführt würde. Wünschenswert wäre es, so Frau Mertens, wenn der Integrationsrat die Aktivitäten unterstützen könne.

Frau Maas schlägt vor, das Vorbereitungstreffen für die Wanderausstellung am 31. August 2017 dafür zu nutzen, sich gemeinsam zu überlegen, inwieweit der Integrationsrat sich an der Interkulturellen Woche beteiligen könne (weitere Informationen zur Interkulturellen Woche siehe Anlage 6).

Meerbusch, den 8. Juni 2017

Ingrid Maas
Vorsitzende

Anja Flintrop
Schriftführer/in